

Der Abgeordnetenbrief

Angelika Weikert, MdL



Sehr geehrte Damen und Herren,

Juli 2011

in regelmäßigen Abständen informiere ich die öffentlichen Institutionen, Verbände, Vereine, Medien, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie SPD-Mitglieder über meine Arbeit im Bayerischen Landtag und vor Ort. Meine aktuellen Themen für Sie:

Sparziel erreicht – Arbeitsmarktintegration verfehlt!

Warum die „Instrumentenreform“ der Bundesregierung den Namen „Reform“ nicht verdient

Kürzlich legte Bundesarbeitsministerin von der Leyen ein Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, kurz „Instrumentenreform“, vor. Ziel soll ein effizienterer Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sein. Blickt man genauer hin, so stellt man jedoch fest, dass es sich hier schlicht um Arbeitsmarktpolitik „nach Kassenlage“ handelt. Konkret wird die öffentlich geförderte Beschäftigung drastisch zurückgefahren. Insbesondere das Instrument JobPerspektive, das vielen Langzeitarbeitslosen eine dauerhafte Beschäftigung ermöglicht, wird faktisch abgeschafft. Unterstützungsprogramme für noch nicht ausbildungsreife Jugendliche werden befristet und bleiben weiterhin eine hohe bürokratische Hürde. Träger, die 1-Euro-Jobs vermitteln, erhalten künftig weniger Geld für ihre Verwaltungstätigkeit, so dass sich dies für viele zu einem Draufzahlgeschäft entwickelt. Eine Maßnahme muss den Betroffenen dazu befähigen, selbst für sein Einkommen zu sorgen. Was die Bundesregierung aktuell vorlegt, ist aber eine „Discounter-Mentalität“. In Nürnberg sind gerade erst zwei Job-Services an einen Billiganbieter vergeben worden.



Zur Situation von Migrantinnen und Migranten in Bayern

Seit sechs Jahrzehnten erleben wir Zuwanderung in unser Land. In diesem Jahr feiern wir den 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei. Wir alle mussten lernen, dass nicht nur Arbeitskräfte, sondern Menschen kamen, die zwischenzeitlich ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland und in Bayern haben und deshalb zu Mitbürgern geworden sind. Zukünftig muss es verstärkt darum gehen, Zuwanderer in unserer Gesellschaft vorrangig an ihrem Potenzial und nicht an ihren Defiziten zu messen. Die bayerische Integrationspolitik braucht ein Gesamtkonzept und nicht nur ein Bündel von Einzelmaßnahmen. Es gibt viele erfolgreiche Integrationsprojekte in Bayern. Entstanden sind diese jedoch vor allem in den großen Städten Bayerns, in denen das Thema Integration schon seit mehr als zwei Jahrzehnten auf der Tagesordnung steht. Bekanntermaßen sind die großen Städte in Bayern schon seit vielen Jahren sozialdemokratisch geführt und regiert; dort ist Integration tatsächlich gelebt.

Links zum Thema:

Die Rede von Angelika Weikert zur Interpellation "Integration von Migrantinnen und Migranten in Bayern" (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) im Plenum des Bayerischen Landtags, 14. Juli 2011, im Wortlaut:
http://www.angelika-weikert.de/index.php?page_id=120&number=1338.

Politisches Sonntagsfrühstück wieder ein voller Erfolg



Etwa 130 Gäste begrüßte ich dieses Jahr bei meinem Politischen Sonntagsfrühstück am 24. Juli, in guter Tradition wieder im Gutmann am Dutzendteich. Mein Gast war dieses Jahr die SPD-Europaabgeordnete Kerstin Westphal, die Franken engagiert in Brüssel und Straßburg vertritt. Als Mitglied einer Delegation, die im Herbst Norwegen besucht, zeigte Kerstin Westphal sich erschüttert von den Anschlägen

auf ein sozialdemokratisches Jugendlager in Norwegen am Freitag zuvor und warnte vor einer Verharmlosung der rechtsradikalen Strömungen in Europa. Im Mittelpunkt des Vormittags stand die Schuldenkrise in Europa. Die Sozialdemokraten im EU-Parlament setzen sich für eine gemeinsame, solidarische Steuer- und Finanzpolitik in Europa ein. Auf allen Ebenen kämpft die SPD zudem für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Mit einer solchen Steuer auf Gewinne aus Finanztransaktionen können hochspekulative Finanzgeschäfte eingedämmt werden. Zugleich würde der Finanzsektor an den Kosten zur Bewältigung der Krise beteiligt. „Auf jedes Brötchen muss Mehrwertsteuer gezahlt werden – auf Finanzgeschäfte jedoch nicht. Das ist doch absurd!“, betonte Westphal.

Mit den „Roten Radlern“ durch Erlangen und den Landkreis Erlangen-Höchstadt



Die Lokalpresse titelte: Am Tag, als der Regen kam. In der Tat erwischte der Dauerregen vom 18. Juli Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, mich und noch 25 weitere Genossinnen und Genossen gerade in der Mitte der Radtour, als ein Umkehren keinen Sinn mehr machte. Tapfer wurde die schwere Etappe bis nach Herzogenaurach zu Ende geradelt. Zu Beginn sah alles noch recht gut aus und bis zur ersten Brotzeit in Obermembach

hatten die Radler ideales Fahrradwetter. Die nächsten beiden Stationen Zweifelsheim und Herzogenaurach waren jedoch vollkommen verregnet. Nass und durchgefroren, aber gut gelaunt kehrten die Radler am Ende noch auf der Sommerkärwa in Herzogenaurach ein, begrüßt vom Bürgermeister Dr. German Hacker.



Kultusministerium schickt hunderte von Lehrern in die Arbeitslosigkeit und versäumt deutliche Qualitätsverbesserungen

Am Schuljahresende kommt die Stunde der Wahrheit: Werden viele hundert bestausgebildete Lehrkräfte in die Arbeitslosigkeit geschickt und kommen endlich zum nächsten Schuljahr die dringend notwendigen Verbesserungen in der Unterrichtsversorgung an den über 5.000 bayerischen Schulen?

Über diese Fragen sollte eigentlich der Kultusminister entscheiden. In Bayern bestimmt aber der Finanzminister die Bildungspolitik, weil Kultusminister Spaenle keine klaren Aussagen macht, welche Rahmenbedingungen eine zukunftsfähige Schule braucht. Spaenle denkt immer noch in den alten Kategorien: Es ist nur entscheidend, dass jede Klasse einen Lehrer hat und die Grundversorgung stimmt. Schule hat sich aber in den letzten Jahren deutlich verändert. Deshalb werden trotz der rückläufigen Schülerzahlen dringend mehr Lehrer benötigt.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, die Lehrer-Neueinstellung an den notwendigen Qualitätsverbesserungen zu orientieren. Die Klassenstärken in den Gymnasien und Realschulen müssen deutlich gesenkt werden. Gerade in den Eingangsklassen der Grundschule sollte keine Klasse über 20 Schüler haben. Wer den Ausbau der Ganztagsklassen für unverzichtbar hält, wie dies Spaenle zur Freude der SPD jetzt allorts tut, muss auch die entsprechenden Lehrer bereit stellen. Mit 12 zusätzlichen Lehrerstunden kann man in den ersten beiden Grundschulklassen keine Ganztagsklassen machen. Grotesk wird es aber, wenn Spaenle individuelle Förderung predigt und als das zentrale Merkmal des gegliederten Schulsystems anpreist und dafür kaum Lehrerstunden einplant.

Links zum Thema:

Lehrereinstellungen - SPD fordert Sondersitzung des Haushaltsausschusses noch vor Schulbeginn:
<http://www.bayernspd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14023>.

SPD-Bildungssprecher Martin Güll - Lehrereinstellungszahlen verdoppeln:
<http://www.bayernspd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14023>

Nach atompolitischen CSU-Fallrückzieher: Bayern braucht jetzt tatsächliche Investitionen in die Energiewende



Nach dem atompolitischen Fallrückzieher von Ministerpräsident Seehofer vermisst die SPD-Landtagsfraktion bei der Energiewende der CSU die Glaubwürdigkeit. Schließlich hält auch die Mehrheit der Bürger in Bayern einer Umfrage zufolge den Kurswechsel der CSU für unglaubwürdig. Wie glaubwürdig ist ausgerechnet jener bayerische Ministerpräsident, der sich noch vor elf Monaten für eine unbegrenzte Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke stark gemacht hat? Über Jahrzehnte hat Seehofer mit der CSU eine der radikalsten atompolitischen Positionen in Deutschland eingenommen, die vorstellbar sind.

Bei allem drängt sich der Eindruck auf, dass das Motiv des Handelns der CSU nicht bessere Einsicht war, sondern reiner Machtinstinkt von Horst Seehofer, in machtpolitischen Fragen der schnelle Brüder aus Ingolstadt. Das Problem der Steuerzahler wird jedoch sein, dass die von Schwarz-Gelb zunächst beschlossene Laufzeitverlängerung womöglich zu neuen Eigentumsansprüchen der Energiekonzerne geführt hat, weshalb die Konzerne jetzt auf

Schadensersatz klagen, der nach Schätzungen der Unternehmen im zweistelligen Milliardenbereich liegt – es ist von einer Summe bis zu 34 Milliarden Euro die Rede.

Was es jetzt in Bayern braucht, sind tatsächliche Investitionen. Unterstützung für die Energiewende brauchen vor allem die Kommunen. Ihnen kommt bei der Energiewende eine Schlüsselrolle zu. Die Erneuerbaren Energien spülen über die Gewerbesteuer frisches Geld in die Kassen der Gemeinden zur Entlastung der Gemeindekassen, zur Finanzierung kommunaler Vorhaben sowie zur Standortsicherung. Nötig ist auch eine starke Bürgerbeteiligung. Wir treten ein für die Renaissance der genossenschaftlichen Idee – so kann die Energiewende noch mehr zu einer Bürgerbewegung werden. Auf dem Weg zur Energiewende sollte deshalb nicht jede Regelung bis in das kleinste Detail vorgegeben werden. Stattdessen sollten die Entscheidungen vor Ort getroffen werden. Der Glaubenssatz heißt: Absoluter Vorrang für heimische Energiequellen! Gerade im ländlichen Raum wirken Sonne, Wind und Co. wie ein lokaler Konjunkturmotor.

Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Eine aktive Wirtschaftspolitik ist jetzt notwendig. Das ist der Freistaat gefordert. Auch nach Fukushima hat jedoch im Landtag Schwarz-Gelb alle Anträge der SPD zur Energiewende abgelehnt. Es gibt seit ihrem strahlenpolitischen Fallrückzieher keinen einzigen Cent mehr für die Erreichung des Ziels der Energiewende. Kein Cent mehr für Erneuerbare Energien, kein Cent mehr für Energieeffizienz, kein Cent mehr für Energieeinsparung. Im Gegenteil: Das Klimaprogramm 2020 läuft 2011 aus. Deshalb fordert die SPD: Die Staatsregierung muss ein konkretes Landesförderprogramm aufsetzen.

Links zum Thema:

Atomausstieg und Energiewende - Die Rede von Markus Rinderspacher im Plenum des Landtags:

http://www.bayernspd-landtag.de/download/PK11/110628MR_Energiewende.pdf.

SPD-Landtagsfraktion fordert zusätzliche Haushaltsmittel für Energiewende:

<http://www.bayernspd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=13869&nav=aktuell>.

Babypause im Erlanger Bürgerbüro

Ich freue mich, dass meine Mitarbeiterin im Erlanger Bürgerbüro in Kürze ihr zweites Kind bekommen wird! Aus diesem Grund ist das Erlanger Büro voraussichtlich bis Ende des Jahres nicht besetzt. Bei Anliegen, die Erlangen betreffen, wenden Sie sich bitte an mein Büro in Nürnberg:

Abgeordnetenbüro Angelika Weikert, MdL

Karl-Bröger-Str. 9

90459 Nürnberg

Tel. 0911/ 43 89 640

Fax 0911/43 89 649

nuernberg@angelika-weikert.de